

**R 003                    DGB-Bezirksvorstand Bayern**

Beschluss des DGB-Bundeskongresses  
Angenommen als Material an den Bundesvorstand

**Frauen- und Medienpolitik des DGB**

Der DGB-Bundeskongress möge beschließen:

Der DGB-Bundesvorstand wird aufgefordert, die Medienpolitik unter Frauengesichtspunkten zu untersuchen und Maßnahmen zu einer gezielten und nachhaltigen Veränderung zu entwickeln, d.h.:

1. Eine Untersuchung in Auftrag zu geben, in der die Rolle und Mitwirkung der Frauen an der Gestaltung und Ausrichtung der Medien, v.a. Hörfunk und Fernsehen, aber auch an einigen (Leit-) Printmedien (SZ, FAZ, FR, taz, Handelsblatt, Financial Times, Spiegel, Zeit, Stern) analysiert wird, v.a. auch

- a) der Anteil spezieller Themen zur Erwerbstätigkeit von Frauen
- b) die Auswirkungen von ausgewählten wichtigen gesellschaftlichen, ökonomischen u.a. Themenbereichen auf Frauen, bspw. Finanz- und Wirtschaftskrise
- c) Vertretung von Frauen in Polittalkshows (Anteil, Inhalte, Organisationen)
- d) Gegenderte Themen in (politischen)Magazinen

2. Eine Untersuchung in Auftrag zu geben, die die Gleichstellung der Frauen in den öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten sowie in ausgewählten Printmedien untersucht. Schwerpunkte sollen dabei insbesondere sein:

- a) Frauen in Führungspositionen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten (u.a.: Intendantinnen, Direktorinnen, Programmbereichsleiterinnen, Hauptabteilungsleiterinnen, Chefredakteurinnen u.ä.)

- b) Frauen in Führungspositionen bei den privaten Rundfunk- und Fernsehunternehmen und Printmedien
- c) Vertretung von Frauen in den Rundfunk- und Verwaltungsräten, in den Landesmedienanstalten und in den Aufsichtsräten der Printmediaverlage

3) Entwicklung einer (Umsetzungs-) Strategie, zur Verbesserung

- a) der Präsenz von Frauen in Polittalkshows der öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten
- b) der Präsenz der Frauen in Führungspositionen in öffentlich-rechtlichen und privaten Rundfunkanstalten sowie in den Printmedien
- c) der Quotierung der Rundfunk- und Verwaltungsräte und der Landesmedienanstalten

4. Gegenderte Medienpolitik des DGB durch

- a) systematische, koordinierte und kontinuierliche Begleitung und Beobachtung unter Gendergesichtspunkten der Medien auf Bundes- und Länderebene
- b) verbesserte Kooperation zwischen Vertreter/innen des DGB /der Gewerkschaften in den Aufsichtsgremien und den Rundfunkanstalten